

# Maßstäbliches geleistet

In einer Feierstunde während des Heimattags in Dinkelsbühl beging die *Siebenbürgische Zeitung* ihr fünfzigjähriges Bestehen

Während des diesjährigen Heimattages erfüllten sich fast auf den Tag genau fünfzig Jahre seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe dieser Zeitung. Das Jubiläum war Anlass einer Feierstunde in Dinkelsbühl, der die Musiker Dieter Reil (Bariton) und Horst Gehann (Cembalo) mit der vorzüglichen Darbietung von Werken Gabriel Reilichs, Johann Sartorius' des Jüngeren und Johann Sebastian Bachs besonderen Glanz verleihen. Den „Versuch eines pressegeschichtlichen Rückblicks“ auf die fünf Jahrzehnte, die von dem landsmannschaftlichen Blatt in wechselvollen und ereignisreichen Zeiten zurückgelegt worden sind, unternahm in einem Festvortrag dessen derzeitiger Chefredakteur Hannes Schuster.

Dabei ging er von Feststellungen aus, die Ende letzten Jahres bei einem Mediengespräch gemacht worden waren, das vom Westdeutschen Rundfunk und dem Hamburger Wochenblatt *DIE ZEIT* unter Teilnahme von Bundespräsident Johannes Rau veranstaltet worden war: die deutsche Presse sei in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr einem oberflächlichen „Zack-Zack-Journalismus“, einer „atemlosen Berichterstattung“ verfallen, in der es nicht mehr „um Nachrichten, nach denen man sich richten kann, nicht um das sorgfältige Beobachten, Verstehen oder Klären von Zusammenhängen“ gehe, sondern „um Effekte, um Schnelligkeit, um Exklusivität“. Daher der Aufruf des *ZEIT*-Mitherausgebers Theo Sommer an seine Zunftgenossen, zurück zu den Wurzeln zu finden, im Journalismus wieder „hinter den Fakten das Maßstäbliche (zu) suchen und den Sinn für Proportionen und Perspektiven wach (zu) halten“, sich wie in früheren Jahren „politischer Kultur“ zu befleißigen und auf solche Weise „Zukunft in Herkunft zu verankern“ – Sommers Forderung war zum Motto des diesjährigen Heimattages gewählt worden. Ergänzend zu Sommers Überlegungen hatte Marion Gräfin von Dönhoff, die große Alte Dame der bundesdeutschen Publizistik und ebenfalls Mitherausgeberin der *ZEIT*, davon gesprochen, dass eine Zeitung auch heute noch „eine Art Gemeinschaft“ mit einem bestimmten kollektiven „Koordinatensystem“ repräsentieren müsse, wenn sie ihrer gesellschaftlichen und politischen Rolle gerecht werden wolle.

Hier setzte die Frage an, die Schuster an den Anfang seines Rückblicks stellte: nämlich die nach dem „Sinn oder Unsinn, nach der Gültigkeit oder dem Misslingen dessen, was in und mit der *Siebenbürgischen Zeitung* während der fünfzig Jahre ihres Bestehens versucht und getan worden ist“, inwieweit sie „Maßstäbliches“ geleistet habe und eine „Art Gemeinschaft“ mit einem bestimmten „Koordinatensystem“ repräsentiere, um deren Bestand und Vorankommen sie sich verdient machen konnte.

Bereits in den frühen drei Jahren ihres Erscheinens, unter ihrem ersten Schriftleiter Hermann Otto Bolesch (1950–1952), habe sich, so Schuster, das angekündigt, was auch später für die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung bestimmend gewesen sei: sie habe „sich von Anfang an in der Interessenvertretung ihrer Leser gesehen“, indem sie sich beispielsweise sofort in die damals geführten öffentlichen Debatten um das Vertriebenenrecht, speziell um das Gesetz über den Lastenausgleich mit dem Erfolg impliziert habe, dass auch die Rumäniendeutschen und mit ihnen die Siebenbürger Sachsen, die aus dem ursprünglichen Entwurf als „nicht aus den ehemaligen Reichsgebieten durch Flucht oder zwangsweise Umsiedlung Vertriebene“ zunächst ausgeklammert waren, doch noch in ihre legitimen Rechte eingesetzt wurden. Auch für die rechtlosen Landsleute im damals noch besetzten Österreich trat die Zeitung wiederholt in ihren Beiträgen ein. Zudem sei sie sehr früh schon, durch ihre Meldungen und Berichte aus dem Verbandsleben sowie ihre feuilletonistischen Texte zum „zentralen Mittel gruppeneigener Kommunikation und Selbstdarstellung“ der Siebenbürger Sachsen zunächst in Deutschland und Österreich geworden.

Diese wichtigen Funktionen der Interessenvertretung, der Kommunikation und Selbstdarstellung habe dann Hans Hartl (1952–1957), der nächste Schriftleiter des Blattes, auf die Landsleute in Übersee, vor allem aber auch auf die im Herkunftsgebiet ausgedehnt, und zwar insoweit, als er nicht nur kritisch aggressiv über die dortigen Verhältnisse berichtete, sondern sich auch mit unbeirrbarer Konsequenz für die allmählich einsetzende Familienzusammenführung einsetzte.

Moderatere und weniger „aktivistische Töne“ habe sein Nachfolger Alfred Hönig (1957–1970) angeschlagen. Das geschah vor allem auch aus Rücksicht auf die Landsleute in Siebenbürgen, wo nach dem Ungarnaufstand von 1956 die Prozesse gegen zahlreiche Vertreter auch der deutschen Minderheit eingesetzt hatten. Die aus heutiger Sicht übertriebene Vorsicht, die man walten ließ, ging so weit, dass man in der *Siebenbürgischen Zeitung* beispielsweise die gerichtlichen Verfahren gegen den Kronstädter Stadtpfarrer Konrad Möckel und die ihm nahe stehenden sächsischen Jugendlichen sowie gegen fünf siebenbürgisch-deutsche Schriftsteller mit den dazugehörigen Schandurteilen totschwiege, obwohl sie in anderen westlichen Medien angeprangert worden waren – eine „entwürdigende“ Unterlassung, die „uns bis heute“, so Hans Meschendorf in einem Aufsatz über „Die siebenbürgisch-sächsische Publizistik nach 1945 in Deutschland“, den Schuster zitierte, nicht zu Unrecht „mit Bitterkeit und Scham“ erfüllt. Dafür aber hat Hönig das Blatt sehr aufmerksam auf

das Leben der Landsleute diesseits des Eisernen Vorhangs ausgerichtet und ihre gemeinschaftlichen Erfolge ausführlich registriert.

Als dessen Nachfolger Hans Bergel (1971–1989) die Schriftleitung der Zeitung übernahm, habe er also ein relativ ordentlich bestelltes Feld vorgefunden. Zudem brachte er nicht nur publizistische und schriftstellerische Erfahrung mit, sondern, als Erster in der Reihe der Verantwortlichen Redakteure des Blattes, auch die umfassende und gründliche Kenntnis der Nachkriegszustände im Herkunftsgebiet, die seinen Vorgängern bloß vom Hörensagen bekannt gewesen waren.

Das war nicht unwichtig für das Blatt, denn inzwischen hatte Bonn mit Bukarest im Jahre 1967 diplomatische Beziehungen aufgenommen, und im Zuge der fortschreitenden Normalisierung in den zwischenstaatlichen Beziehungen Deutschlands zu Rumänien begann sich im Rah-

atte sich durch Scheinreformen bald nach seinem 1965 erfolgten Machtantritt, durch die Weigerung, im August 1968 mit den übrigen Ostblockstaaten zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in die Tschechoslowakei einzumarschieren, und durch die wirtschaftliche wie diplomatische Öffnung seines Landes im Westen einen zunächst guten Leumund erworben, was sich später freilich als extrem wirklichkeitsfremd erweisen sollte. Zudem hatte der damalige Bundesvorsitzende der Landsmannschaft und Herausgeber der *Siebenbürgischen Zeitung*, Erhard Plesch, die Annäherung zwischen Bonn und Bukarest aktiv begleitet und setzte sich nach wie vor für den grenzübergreifenden Dialog ein, mit dem er sowohl die Interessen des Verbands als auch die der Landsleute im Herkunftsgebiet zu wahren meinte. Wiederholt hatte Plesch erklärt, die Heimatpolitik der Landsmannschaft habe „der deutschen Verständigungspolitik mit Rumänien“ zu dienen, was tatsächlich auch geschehen ist. Dementsprechend übte auch Bergel im Blatt zu nächst eher Zurückhaltung, wenn es um die Darstellung von Missständen im Herkunftsgebiet ging, zeigte sich bemüht, das Rumänien-Bild seiner Leser nicht ins Negative hin zu beeinflussen.

Das sollte sich freilich bald ändern: Mit der etwa ab Mitte der siebziger Jahre eintretenden und dann rapide fortschreitenden Radikalisie-

## Siebenbürgische Zeitung

Nachrichten für die Siebenbürger Sachsen in Deutschland

Nummer 1

München

### Im Dienste der Gemeinschaft

Von Fritz Heinz Reimesch

Der 1. Vorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Fritz Heinz Reimesch, hat der „Siebenbürgischen Zeitung“ für ihre erste Nummer folgendes Leitwort zur Verfügung gestellt:

Im Frühjahr 1949 wurde der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e. V. ins Leben gerufen. Seine Gründung entsprach einem Gebot der Stunde. Die Vertriebenenfrage war in Westdeutschland zu einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktor erster Ordnung geworden. Sie zu lösen, standen schwerwiegende Entscheidungen bevor. Angesichts so großer Probleme wie etwa der Ansiedlung und Selbsthaltung des bauerlichen Elements, der Eingliederung in die Wirtschaft, der Kreditbeschaffung und der sozialen Unterstützung, der Umsiedlung und der Auswanderung, und nicht zuletzt der politischen Vertretung im staatlichen Leben Deutschlands, erhob sich auch für die Siebenbürger Sachsen in den Westzonen die Notwendigkeit, eine verantwortliche Organisation zu schaffen, die Aufgaben zu bewältigen und Entscheidungen zu treffen hatte, die weit über die Kompetenz und die überwiegend caritativen Möglichkeiten eines Hilfskomitees hinausgingen.

Unser Verband setzte sich insbesondere bei den in Süddeutschland in großen und entschlossenen Gruppen lebenden Landsleuten rasch durch. Aber auch in die anderen Länder drang sein Ruf nach Eingliederung und Zusammenschluß. Die bisher geleistete Arbeit hat die Notwendigkeit seiner Gründung wiederholt un-

ter Beweis gestellt. Dabei wirkte sich die Tatsache erfolgreich aus, daß unser Verband und das Hilfskomitee im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland nicht nur eine gemeinsame Dienststelle haben, sondern im Grunde eine Organisation darstellen. Es erfüllt uns mit einigem Stolz, wenn es, nicht zuletzt dank der Wahlzucht der Siebenbürger gelang, Dr. Trischler im Herbst 1949 als Vertreter des gesamten Südostdeutschtums und als Sprecher seiner Interessen nach Bonn zu wählen.

Die Aufgaben und Entscheidungen des letzten Jahres waren ein Anfang. Größere, für die Zukunft und den Bestand unserer Gemeinschaft entscheidende, stehen uns noch bevor. So, um nur ein Beispiel zu nennen, der Lastenausgleich. In dieser für alle Vertriebenen so entscheidenden Frage wird unser Verband als die anerkannte landsmannschaftliche Organisation für alle in Westdeutschland lebenden Siebenbürger Sachsen zuständig sein.

Im Chor der Vertriebenen und Flüchtlinge ist endlich auch unsere Stimme laut geworden. Sie wird nicht zu überhören sein, wenn wir uns noch fester und zahlreicher zusammenschließen. Unseren Verband bei diesem Zusammenschluß zu unterstützen, wird eine der wesentlichsten Aufgaben der „Siebenbürger Zeitung“ sein, die wir von nun an monatlich jedem Siebenbürger kostenlos zusenden. Ich begrüße ihr Erscheinen und hoffe, daß sie gerade die vielen über ganz Westdeutschland verstreut lebenden Landsleute von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses und des Beitritts in ihre landsmannschaftliche Organisation überzeugen wird.

### Die Hilfsbereitschaft der Deutschamerikaner ist groß

Dr. Trischler aus den USA zurückgekehrt — Unterredung mit Senator Waller

Bonn. — Nach einer fünfwöchigen Studienreise durch die USA ist der Bundestagsabgeordnete der Südostdeutschen, Dr. Josef Trischler, Ende

ger Sachsen, die mehrere hundert Lebensmittel- und Kleiderpakete, sowie bedeutende Geldspenden nach Deutschland und Österreich geschickt

### Die erste Ausgabe der „Siebenbürgischen Zeitung“, Juni 1950.

men der Familienzusammenführung auch der Zuzug von Aussiedlern aus Siebenbürgen zu „normalisieren“, das heißt: kontinuierlich anzuwachsen. Er wurde bald nach dem Antritt Bergels stillschweigend sogar institutionalisiert, als nämlich der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt bei Gesprächen Anfang 1978 in Bukarest für die Zusage, entsprechendes Kopfgeld fließen zu lassen, jährliche Aussiedlungsquoten aushandelte, die dann, mit kleinen Abweichungen, in den Folgejahren von Rumänien auch eingehalten wurden. Das führte in der Zielgruppe, der die *Siebenbürgischen Zeitung* inhaltlich Rechnung zu tragen hatte, zu einer Strukturverschiebung: Die Zahl der frisch ausgesiedelten Leser, deren Bindung an das Herkunftsgebiet direkter und enger, weil „aktueller“ war, stieg an und sollte bald überhand nehmen. Das lässt sich an den Auflagenzahlen des Blattes nachweisen: Während die Auflage der Zeitung in Bergels Antrittsjahr 1971, als die Familienzusammenführung noch relativ schleppend voranging, bei etwas über 6000 Exemplaren lag, wurden gegen Ende von Bergels Amtszeit, im Jahre 1988, über 17000 Exemplare pro Ausgabe gedruckt. Dieser Zuwachs von knapp zwei Dritteln war, wenn nicht in seiner Gänze, so doch zu weit über 90 Prozent auf den Zuzug neuer Aussiedler zurückzuführen, die deutlich mehr Interesse zeigten an den Zuständen und Entwicklungen im kurz vorher verlassenen Herkunftsgebiet als die in Deutschland bereits „alteingesessenen“ Landsleute.

Demgemäß nahm in dem von Bergel redigierten Blatt die Berichterstattung aus und über Siebenbürgen einen merklich breiteren Raum ein als bei Hönig. Sie beschränkte sich in den frühen siebziger Jahren zunächst eher auf die sachliche Information, als dass zu dortigen Ereignissen und Zuständen kritisch kommentierend Stellung bezogen wurde. Das hatte seinen Grund: Rumäniens neuer Partei- und Staatschef Ceausescu

hatte sich durch Ceausescu-Diktatur wird Bergels Ton merklich kritischer und aggressiver, bis der Redakteur schließlich in aller polemischen Offenheit und dann auch ausdauernd die inhumanen Auswüchse des Systems anprangert. Der streitbare Publizist schrieb im Laufe der Jahre gegen den zunehmend minderheitenfeindlichen, faschistoiden Nationalismus des Regimes an, gegen die berüchtigte Ortsnamenverordnung des Diktators, gegen seinen durch das sogenannten „Patrimoniumgesetz“ legalisierten Raub am überkommenen deutschen Kulturgut, gegen die Absicht, die dann aber auf amerikanischen Druck zurückgenommen wurde, Aussiedler ihre „Ausbildungsschulden“ an den Staat über das sowieso von der Bundesrepublik gezahlte Kopfgeld hinaus in konvertierbarer Währung begleichen zu lassen, gegen die Dorfzerstörung in Rumänien, gegen die himmelschreiende Verarmung und brutale Knechtung der Landesbewohner insgesamt.

Der Schriftleiter tat das u.a. auch in der von ihm eingeführten und Ausgabe für Ausgabe abgedruckten Randglosse „Die politische Schlagzeile“, die sich von einer anfänglich simplen Aneinanderreihung von Kurznachrichten bald zum bissigen, sprachgewandten Kommentar wandelte und von den Lesern, die sich nicht selten auch in Briefen an die Redaktion zu Wort melden, stark goutiert wurde.

Zudem war die Arbeit Bergels auch auf andere Weise von großem Gewinn für das Blatt, vor allem in dessen Kulturteil. Dort war man eher auf gemeinschaftsfördernde, meist von Liebhabern getragene Aktivitäten und Veranstaltungen orientiert gewesen. Mit dem Antritt Bergels widmete sich das Feuilleton der Zeitung verstärkt in Rezensionen, Ausstellungs- und Konzertbesprechungen oder Ateliergesprächen dem Künstlertum im engeren, eigentlichen Sinne. Auch die kulturhistorischen Aufsätze wurden qualitätsvoller und damit weniger provinziell als im Falle

so mancher Texte vorangegangener Jahre, die sich fast ausschließlich in gefälliger Selbstreferentialität ergangen hatten.

Unter anderem auch darauf habe Hannes Schuster aufbauen können, als er am 1. Dezember 1989 die Schriftleitung der *Siebenbürgischen Zeitung* übernommen habe. Bergel war Anfang des gleichen Jahres in die Rente entlassen worden, worauf der erfahrene Rundfunkjournalist Dankwart Reissenberger, damals stellvertretender und danach Bundesvorsitzender der Landsmannschaft, über die nächsten Monate bis zur Berufung des neuen Schriftleiters für die Redaktion verantwortlich gezeichnet hatte.

Auch dieser sah und sehe, so der Festredner, das Blatt in der Interessenvertretung, der es von seiner Gründung an verpflichtet gewesen sei. In ihrem Sinne habe denn auch die Zeitung im letzten Jahrzehnt ihres Erscheinens nicht bloß reflektierend berichtet, sondern wiederholt auch Kritik an gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Bundesrepublik und auch an Bonner Regierungsentscheidungen angemeldet. Solches geschah beispielsweise im Zusammenhang mit dem sogenannten „Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“, das Ende 1992 verabschiedet wurde und zum 1. Januar 1993 in Kraft trat. Bereits im September 1991, also ein Jahre vor den entscheidenden Debatten im Bundestag, war die Redaktion in den Besitz des Gesetzesentwurfes gelangt und hatte sofort gegen die dort vorgesehene Beschränkung des Aussiedlerzuzugs aus Siebenbürgen und Rumänien Position bezogen, worauf sie sich Dementis aus Bonn und, aus der Deutschen Botschaft in Bukarest, den Vorwurf der „Panikmache“ einhandelte. Im Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien sprach man gar von einer grundlosen „Verhetzung der Bleibewilligen“ in Rumänien. Das Blatt sollte dennoch mit seinen Warnungen Recht behalten, und es war den Demarchen des Verbands sowie den publizistischen Feldzügen der Zeitung zu verdanken, dass die im Gesetzesentwurf geplanten Einschränkungen insoweit abgemildert wurden, als die Durchführungsbestimmungen die „Ver einsamung“ in den von Deutschen fast gänzlich verlassenen ländlichen Ortschaften Siebenbürgens als „Benachteiligung“ und damit als hinlänglichen Aussiedlungsgrund anerkannten, was inzwischen freilich durch einen obersten Gerichtsscheid rückgängig gemacht worden ist. Auch hat das Blatt gegen die Kürzungen der Spätaussiedlerrenten durch das sogenannte „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesetz“ vom September 1996 angeschrieben und tut zur Zeit das Gleiche gegen die Absichten des Kultur- und Medienbeauftragten der Bundesregierung, die einschlägigen Fördermittel für Vertriebene und Aussiedler drastisch zurückzufahren, wodurch der Fortbestand wichtiger Kultur einrichtungen auch der Siebenbürger Sachsen in Deutschland ernst gefährdet wäre.

Einen breiten Raum wie nie zuvor nehmen im politischen Teil der Zeitung die Berichte und Meldungen aus dem Herkunftsgebiet ein. Ihre Anzahl entspricht dem zusätzlich angewachsenen Informationsbedürfnis der Leserschaft nach dem massenhaften Zuzug von Spätaussiedlern, der 1990 einsetzte: Diese neu hinzugewonnenen Bezieher der Zeitung haben ein besonders reges Interesse daran zu erfahren, was in der jüngst zurückgelassenen Heimat vor sich geht. Zudem nehme das Blatt dadurch, so Schuster, die Brückenfunktion wahr, die der Gruppe seiner Adressaten als Mittler und Vermittler zwischen Ost und West immer schon zugefallen sei. Auch in nichtsiebenbürgischen Kreisen gelte die Zeitung inzwischen diesbezüglich als seriöser, zuverlässiger, sachlich professioneller Wissensträger.

An Professionalität hat im letzten Jahrzehnt auch das Feuilleton des Blattes weiter zugenommen. Nach der Grenzöffnung von 1989 sind aus Siebenbürgen nahezu alle Autoren und Fachleute der dortigen Kulturlandschaft in die Bundesrepublik ausgesiedelt, Literaturwissenschaftler und Kunstkritiker, Historiker und Volkskundler, die zum Teil auch im binnendeutschen Sprachraum schon konsekrirt waren und nun für das Blatt zusätzlich als Mitarbeiter gewonnen werden konnten. Sie verleihen ihm heute einen Rang, der über „das Niveau von Regionalligen“ hinausgeht, wie es einer dieser Autoren, nämlich der Literaturwissenschaftler Peter Motzan, zu formulieren pflegt.

Im Verbandsteil der Zeitung werde in erster Linie darauf geachtet, zweckdienlich aktuell zu informieren und zudem den Erfahrungsaustausch zwischen den Untergliederungen der Landsmannschaft zu ermöglichen. Auch gehe es immer wieder darum, die Namen derer bekannt zu machen, die sich mit viel Hingabe in der Verbandsarbeit engagieren, denn es sei dies eine der wenigen Möglichkeiten, die vorbildlichen Leistungen der unzähligen außerberuflichen Amtsträger und freiwilligen Helfer, ohne deren Einsatz die Landsmannschaft nicht bestehen würde, öffentlich anzuerkennen und zu würdigen.

Zurückkommend auf seine Eingangsfrage, ob die *Siebenbürgische Zeitung* denn in der Tat „Maßstäbliches“ geleistet habe als nützlicher „Repräsentant“ einer „Gemeinschaft mit einem bestimmten Koordinatensystem“, meinte Schuster mit Blick auch auf seine Vorgänger, dieses bejahen zu dürfen. Daran werde sich das Blatt „auch in Zukunft messen lassen müssen, die es immer wieder neu in Herkunft zu verankern“ gelte.

Am Schluss der Feierstunde sprach Bundesvorsitzender Dürr den heutigen Mitarbeitern des Blatts und ihren Vorgängern seine Anerkennung für die in fünf Jahrzehnten geleistete Arbeit aus.